Nummer 519

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 20 Milliarden Mk. 69. Jahrgang

Mittwoch, 7. November 1923

ERICH MEYERFELD
E
BERLIN
BEHRENSTR. 53-54
GRUNDSTÜCKE

Aufreizende Verschleppung.

Ohne Rücksichten und sofort!

Seit der Zerstörung der großen Koalition durch die Sozialdemokraten sind bald zwei Wochen vergangen und wir haben trotz Zunahme des Elends nichts als Verhandlungen und plötzliche Maßnahmen gesehen, die fast immer das Gegenteil von dem Gewollten herbeiführten.

Innere Freudigkeit zum Mitarbeiten mit der Regierung ist nirgends vorhanden. Aufrufe der Reichsleitung und der Parteien werden vom Volk kaum noch des Lesens für würdig gehalten, nachdem man seit Wochen und Monaten immer mit der gleichen Kost abgespeist worden ist.

Eindringliche Hinweise auf unsere außenpolitische Lage werden jeden Tag gemacht, das Volk empfindet sie als überflüssig. Wenn es soviel fast schweigend duldet, so geschieht es ja wesentlich mit infolge der klaren Erkenntnis von den Konsequenzen der deutschen Wehrlosigkeit und den Zerstörungsabsichten der Franzosen und Polen gegen das Reich.

Muß das alles so weitergehen? Muß jede durchgreifende Entscheidung hingeschleppt werden?

Die Parteien, die noch immer durch das Instrument des Reichstags die Macht und durch die Weimarer Verfassung dafür die rechtliche Grundlage haben, seien noch einmal gemahnt!

Das Dringlichste ist die Mobilisierung der Ernte.

Dazu ist wertbeständiges Geld nötig.

Wertbeständiges Geld ist aber nur zu denken, wenn diejenigen Kreise, die hergeben sollen, das Vertrauen zur Regierung haben, daß geordnete Zustände und ehrliche Wirtschaft durch sie gesichert sind.

Warum ist es nicht möglich, eine solche Regierung zu schaffen, die der Landwirtschaft das geforderte Vertrauen einflößt?

Die Sozialdemokraten sind heraus aus der Regierung.

Wie können es die bürgerlichen Regierungsparteien nun noch verantworten, ihrerseits den Streit um Republik oder Monarchie in den Vordergrund zu entfachen? Dies ist eine Frage, die sicher für die überwältigende Mehrheit unseres Volkes gegenwärtig nicht die wichtigste ist und die auch in absehbarer Zeit auf dem Wege der Gewalt nicht die wichtigste werden kann, da ja die Reichswehr hinter der verfassungsmäßigen Regierung steht.

Und wie kann man das Volk hungern lassen mit dem Hinweis, daß Bayern den Berlinern immer noch nicht Ordre pariert?

Wenn die bürgerlichen Parteiführer die Vaterlandsliebe, die sie dem Volk predigen, selbst haben, so müssen sie den Weg finden, eine Regierung zu schaffen, die auch der Landwirtschaft Vertrauen einflößt.

Ohne Rücksicht auf Parteidoktrinen, ohne Rücksicht auf Personen!

Unbedingt und sofort!

Dr. O.

Der Einlösungskurs der Papiermark

Wie wir hören, wird sich das Reichskabinett in seiner heutigen Nachmittagssitzung erneut mit der Frage des Einlösungskurses für die Mark beschäftigen. Das Reichsfinanzministerium wird einen Plan vorlegen, der dem Kabinett die Beschlußfassung ermöglichen soll. Von unterrichteter Stelle wird darauf verwiesen, daß die Entscheidung großen Schwierigkeiten begegnet. Man betont, daß die Regierung Montag drei hervorragende Sachverständige zu Rate gezogen habe, und zwar einen Vertreter der Banken, den Präsidenten der Reichsbank, und einen hervorragenden Vertrauensmann der Landwirtschaft. Die drei Herren haben drei verschiedene Vorschläge gemacht und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß jeder der anderen Vorschläge eine Lösung bedeute, bi efür die deutsche Wirtschaft katastrophal sein müsse.

Im Reichstage

ist heute nur die Fraktion des Zentrums um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten. Die Deutsche Volkspartei hat ihre nächste Fraktionssitzung für Freitag einberufen.

Die Verhandlungen, die innerhalb der einzelnen Fraktionen geführt worden sind, haben einen endgültigen Abschluß noch nicht gefunden. Auch die Verhandlungen, die innerhalb der drei bürgerlichen Parteien geführt worden sind, haben einen Abschluß nicht gebracht. Bei einem Teil der Deutschen Volkspartei besteht der Wunsch, daß die Regierung durch Einbeziehung der Deutschnationalen erweitert werden möge. Die Demokraten lehnen das jedoch grundsätzlich ab. Im Zentrum neigt die überwiegende Mehrheit dahin, daß zurzeit ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen aus außen- und innenpolitischen Gründen nicht tragbar ist. Die Erörterungen über ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen haben übrigens praktische Bedeutung nicht, da die Deutschnationalen selbst ernsthaft an einen Eintritt in das Kabinett Stresemann gar nicht denken und Forderungen aufstellen, die außenpolitisch von vornherein unerfüllbar sind. Es ist anzunehmen, daß die gegenwärtige Regierung zunächst die Geschäfte des Reiches weiterführen wird und ihren endgültigen Entschluß von der Entscheidung der Parteien abhängig machen wird. Einstweilen wird jedenfalls der Reichstag nicht zusammentreten und es ist auch noch fraglich, ob der Zusammentritt des Reichstages in der nächsten Woche erfolgen wird.

Zu der Unterredung, die gestern zwischen dem Führer der Deutschnationalen Hergt und dem Reichskanzler stattgefunden hat, erfahren wir, daß es sich hierbei nicht um die Frage des Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung gehandelt hat, sondern daß lediglich die allgemeine Lage besprochen wurde. Ein Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett Stresemann dürfte danach nicht in Frage kommen. Das gleiche gilt entgegen anderslautenden Meldungen nach unseren Informationen für die Bayerische Volkspartei.

Sachsen ruft den Staatsgerichtshof an.

Dresden, 7. November.

Wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mitteilt, hat die sächsische Regierung wegen des Vorgehens der Reichsregierung und des Reichspräsidenten gegen das Ministerium Zeigner, sowie wegen der Amtsenthebung der bisherigen Minister durch den Reichskommissar und des Verbotes des Landtageszusammentritts am 30. 10. die Entscheidung des Landgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahmen angerufen.

Vor der Auflösung des sächsischen Landtages?

TU Dresden, 6. November.

Der sächsische Landtag trat heute nachmittag nach Wiedereröffnung der Sitzung gegen ¾4 Uhr in die Besprechung der Regierungserklärung ein. Abg. Wirth (Soz.) billigte die Erklärung namens seiner Fraktion. Abg. Beutler (Dnatl.) beschäftigte sich mit den Ereignissen, die zur Regierungsbildung geführt hätten und erklärte dann: Wir halten die große Koalition im Reich für einen großen Irrtum deutscher Politik. Nur eins kann Deutschland retten: Eine Zusammenfassung aller Nationalgesinnten unter Einbeziehung der Deutschvölkischen und Nationalsozialisten. In dem Zwist zwischen Bayern und dem Reich stehen wir an der Seite Bayerns. Dem Antrag der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des sächsischen Landtages stimmen wir zu. Abg. Dr. Kaiser (D. Vp.) widersprach der in der Regierungserklärung zutage getretenen Auffassung, daß die Maßnahmen des Reiches gegen Sachsen dem allgemeinen Volkswillen widersprochen hätten und unerträglich gewesen seien. Es werde ausschließlich an der sächsischen Regierung und dem sächsischen Volke liegen, daß derartige Maßnahmen sich nicht weiter als notwendig erweisen. Im übrigen könne die Deutsche Volkspartei in der jetzigen Regierungsbildung keine Lösung der jetzigen Krise erblicken. Nur eine Auflösung des Landtages gebe dem sächsischen Volk die Möglichkeit, diese Frage zu lösen. Hierauf hielt der kommunistische Abg. Böttcher eine stundenlange Rede, in der er die gegenwärtigen Zustände in Sachsen von seinem Standpunkt aus schilderte. Seine Rede war gespickt mit scharfen Angriffen gegen die Reichsregierung und Reichswehr. Dem Antrage auf Auflösung des Landtages werde seine Partei zustimmen. Dagegen erklärte der demokratische Abgeordnete Dr. Seyfert, seine Partei werde dem Auflösungsantrag der Deutschen Volkspartei widersprechen. Dann wurde die Aussprache geschlossen. Am Donnerstag soll über einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung verhandelt werden. Sodann findet die zweite Beratung über den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des Landtages statt.

„Was will Bayern?"
Eine Erklärung Dr. von Pregers.

TU München, 7. November.

Die „München-Augsburger Abendzeitung" veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Vertreters mit dem bayerischen Gesandten Dr. von Preger, der auf die Frage „Was will Bayern?" erwiderte, „jedenfalls keinen Krieg gegen das Deutsche Reich führen. Denn diese Groteske ist nur in solchen Köpfen außerhalb Bayerns verbreitet, die von einer geradezu phantastischen Unkenntnis gepaart mit Angst und Schuldbewußtsein erfüllt sind. Wir wollen keine Separation, wir sind und bleiben Deutsche und im Unglück nun erst recht. Was wir wollen, das ist, dem deutschen Vaterlande aus dem Unglück heraushelfen, in das es unter dem Einfluß der Sozialdemokratie seit 5 Jahren immer tiefer hineingeraten ist. Nun heißt es, ein Ende machen mit den sogenannten Errungenschaften der Revolution und der Ordnung und Arbeit wieder zu ihrem Rechte verhelfen. Nach außen braucht das Deutsche Reich wieder mehr Männlichkeit, Stolz und Selbstbewußtsein." Der Gesandte erklärte, daß aus der Weimarer Verfassung von 1919 alle Konflikte zwischen Bayern und dem Reich sich entwickelt haben, auch die Reichsverdrossenheit vieler Kreise in Bayern, die früher in dieser Stärke undenkbar gewesen wäre. Der Gesandte hielt es für durchaus möglich, daß wir auf legalem Wege zu einer **Revision der Weimarer Verfassung im bundesstaatlichen Sinne** kommen. Ueber die Lage an der bayerisch-thüringischen Grenze zu sprechen, lohne sich nicht der Mühe. Thüringen habe zuerst Grenzschutz durch Polizeibeamte aufgestellt, dann erst habe Bayern seine Notpolizei aufgeboten. Das ist alles. Aber nicht im Thüringer Walde, sondern in der Wilhelmstraße falle die Entscheidung.

Forderungen der Vaterländischen Verbände.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns hielten, wie aus München gemeldet wird, am gestrigen Dienstag eine Präsidialkonferenz ab, an der als Vertreter der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands der Reichstagsabgeordnete Geisler teilnahm. Die politische Lage im Reich und in Bayern wurde eingehend besprochen, die Mitteilungen und Beschlüsse in dieser Hinsicht waren jedoch vertraulicher Natur. Wie wir hören, wurde auf der Konferenz erneut mit allem Nachdruck die Forderung nach Wiederherstellung der bundesstaatlichen Verfassung, wie sie **vor Weimar** bestanden habe, und nach Errichtung einer starken Rechtsregierung im Reich erhoben. Ohne diese beiden sofort einzuleitenden Maßnahmen sei die Wiederherstellung des Friedens zwischen dem Reich und Bayern undenkbar. Zur Vorbereitung der bundesstaatlichen Verfassung wurde die Einsetzung eines Verfassungsausschusses verlangt. Weiter wandte man sich auf dieser Konferenz gegen die in Norddeutschland herrschende Nervosität wegen der Vorgänge an der bayerisch-thüringischen Grenze. Es könne keine Rede davon sein, daß von bayerischer Seite dort irreguläre Formationen aufgestellt seien. Lediglich die den Grenzschutz versehende Landespolizei sei durch die an der Grenze wohnenden Mitglieder der bayerischen Kampfverbände verstärkt worden, da man in Bayern Uebergriffe der proletarischen Hundertschaften Thüringens befürchtete.

Die Entwaffnungsnote.

Die schon im Morgenblatt angekündigte Entwaffnungsnote der Alliierten lag in den Mittagsstunden an amtlicher Berliner Stelle noch nicht vor, aber eine telegraphische Ankündigung.

— **Die Umrechnungszahl des Lebensmitteleinzelhandels** beträgt **150 Milliarden** und ist gültig vom 7. November mittags bis 8. November mittags.

Poincarés Gegenzüge.
Jusserand bei Coolidge.

EE Paris, 7. November.

Wie aus Washington gemeldet wird, wurde der französische Botschafter Jusserand gestern vom Präsidenten Coolidge in einer Audienz von 20 Minuten Dauer empfangen. Sofort hinterher trat das amerikanische Kabinett zu einer Sitzung zusammen. Den auf ihn wartenden Journalisten erklärte Jusserand nach Beendigung der Konferenz, er sei nicht in der Lage, über den Inhalt der Besprechungen etwas mitteilen zu können, müsse sich vielmehr auf die Erklärung beschränken, daß er soeben vom Urlaub zurückgekehrt sei und dem Präsidenten einen Höflichkeitsbesuch abgestattet habe. Er überlasse es der eigenen Entscheidung, ob bei dieser Gelegenheit etwas über Politik gesprochen sein könne. Ueber die Haltung der amerikanischen Regierung in der Frage der Sachverständigenkonferenz liegen noch keine näheren Mitteilungen vor. Man weiß nur, daß die bisher von Jusserand Hughes gegebenen Aufklärungen als nicht befriedigend angesehen werden, und daß Jusserand aufgefordert wurde, neue Instruktionen telegraphisch einzufordern.

eca Paris, 7. November.

Nach einer Havasmeldung aus Washington hat Präsident Coolidge die Journalisten aufgefordert, im öffentlichen Interesse Geduld zu haben. Die Vereinigten Staaten könnten sich immer nur an das halten, was Staatssekretär Hughes im verflossenen Monat in seiner Antwort an Lord Curzon gesagt habe. Wenn Europa die Auffassung der Vereinigten Staaten verwerfe, so würden diese nichts tun können.

Die amerikanischen Rückfragen an Paris

eca Paris, 7. November.

Marcel Ray gibt im „Petit Journal" einen Ueberblick der Fragen, die Staatssekretär Hughes anscheinend durch Vermittlung des französischen Botschafters in Washington an die französische Regierung gerichtet hat:

„Was versteht man bei der ersten Frage unter den Worten: „Augenblickliche Zahlungsfähigkeit Deutschlands?" Handelt es sich hierbei um eine Periode von einem Monat oder einigen Jahren?

Wie hat man den zweiten Vorbehalt Frankreichs auszulegen, der sich auf die Rechte bezieht, die der Reparationskommission durch den Friedensvertrag zustehen? Ist die französische Regierung der Ansicht, daß die Sachverständigen sich einstimmig äußern müssen, so wie dies der Friedensvertrag verlangt, wenn die Reparationskommission eine Frage berät, die eine Verringerung der deutschen Schuld mit sich führen würde?

Welches sind die Ansichten der französischen Regierung über die Ruhrbesetzung? Unter welchen Bedingungen und in welcher Frist würde Frankreich bereit sein, eine teilweise Räumung zu beginnen?

Sobald die Einzelheiten dieser Frage bekannt geworden wären, schreibt Marcel Ray, hat Poincaré neue Instruktionen ausgearbeitet, die im Laufe des gestrigen Tages an Jusserand übermittelt wurden.

Das „Petit Journal" bezeichnet es als wahrscheinlich, daß Jusserand heute oder spätestens morgen Staatssekretär Hughes die notwendigen Erklärungen geben wird. Es sei doch möglich, daß die Unterhaltung sich noch einige Zeit hinziehe, da die Regierung der Vereinigten Staaten sich so weitgehend wie möglich zu informieren gedenkt.

Marcel Ray glaubt ferner zu wissen, daß der hiesige amerikanische Botschafter Herrick Sonntag abend seiner Regierung ein eingehendes Telegramm zugehen ließ, in dem er die Gründe darlegte, die seiner Auffassung nach Amerika dazu bestimmen müßten, alles zu tun, um eine Zusammenkunft der Sachverständigenkonferenz zu ermöglichen. Im gleichen Artikel berichtet Marcel Ray auch noch, daß die französische Regierung gestern das Foreign Office darüber informiert hat, daß es die zuständigen Dienststellen des Quai d'Orsay damit beauftragt habe, den Entwurf eines Programms für die Sachverständigenkonferenz auszustellen. Wenn die Londoner Regierung, so heißt es in dem Artikel weiter, ihrerseits einen Entwurf bekanntgibt, der ihre eigene Auffassung wiedergäbe, so könnte man diese beiden Entwürfe miteinander vergleichen, um zu einem Programm zu kommen, sodaß innerhalb der Reparationskommission, wenn es sich um die Wahl der Sachverständigen und die Erteilung von Instruk-

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1893 Gertraudtenstr. 20-21. Gegr. 1893

Rudolf Jahn
Tabakfabrikate en gros
Fernruf Stephan 3237
Wz. Nr. 263273
Fernruf Stephan 3237
Berlin W 35, Potsdamer Straße 27a.

Hamburger u. Bremer Zigarren
Manoli Privat Zigaretten